



Landesverteidigungsakademie
Wien

MIGRATION – GRENZENLOS?

Harald Müller

Die aktuelle Migrationskrise ist eine globale, europäische und nationale Herausforderung. Sie erfordert gemeinsame und koordinierte Ansätze zur Minimierung der verursachenden Push- und Pull-Faktoren, zur Herstellung der Ordnung im Migrationsfluss, zur Sicherstellung eines erforderlichen Schutzes und zu einer möglichen Integration.

Allgemeines

Die aktuelle Migrationskrise hält Europa und auch Österreich in Atem. Es wurde ersichtlich, dass illegale Migration neben der humanitären auch andere – z.B. Sicherheits- - Dimensionen aufweist. Aber wovon sprechen wir eigentlich? In Anlehnung an die Definition der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ist Migration eine aufgrund bestimmter Ursachen ausgelöste freiwillige oder unfreiwillige, legale oder illegale Wanderung von Menschen entweder über eine internationale Grenze (internationale Migration) oder innerhalb eines Staates (Binnenmigration), die zu einem längerfristigen oder dauerhaften Wechsel des ständigen Wohnsitzes führt. (Anm.: Diese Definition wird kontroversiell diskutiert, wobei es in erster Linie um die Begriffshierarchie zwischen Migration und Flucht geht.)

Grundsätzlich dürfen diese Wanderungsbewegungen niemanden verwundern, sind sie doch Teil der Menschheitsentwicklung, als die Erdkugel von Afrika aus besiedelt wurde. Die stetige Zunahme in jüngerer Zeit resultiert aus dem starken Anstieg der Weltbevölkerung von 1,65 Mrd. 1900, 6 Mrd.

2000 auf 7,3 Mrd. Menschen 2016 und 2050 werden es rund 9,1 Mrd. sein. Das Wachstum ist aber sehr ungleich verteilt. Gleichzeitig befindet sich die Welt in einer zunehmenden Schiefelage, was die Verfügbarkeit der für ein zufriedenes Leben notwendigen bzw. ersehnten materiellen wie immateriellen Güter betrifft. Zahlen wie 500 Mio. mit Wassermangel, 1 Mrd. in Konfliktgebieten, 795 Mio. mit Hunger oder 1,5 Mrd. in Armut lebende Weltbürger schocken.

Das Potenzial

Die Ursachen, warum Menschen ihre angestammte Heimat verlassen und in andere Länder wandern (Push- und Pull-Faktoren), sind vielfältig.

Zuvorderst ist der enorme Bevölkerungsdruck in bestimmten Regionen anzuführen. Gemäß UNO steht Afrika für mehr als die Hälfte des Bevölkerungswachstums bis 2050. Während dieser Zeit wird sich die Bevölkerung von 28 afrikanischen Ländern mehr als verdoppeln. Das Wachstum ist in den am wenigsten entwickelten 48 Ländern der Erde besonders hoch, 27 davon liegen in Afrika. Verschärfend kommt noch hinzu,

IFK Monitor
Juli 2017

dass „alternde“ riesigen „jungen“ Regionen gegenüberstehen. Laut der Stiftung Weltbevölkerung waren 2015 41% der Afrikaner unter 15 Jahre, in Asien 25 und in Europa 16%, während in Europa der Anteil der über 60-Jährigen schon 17% betrug.

Ein wichtiger Push-Faktor ist auch eine schlechte wirtschaftliche Lage. Zieht man den Human Development Index zu Rate, zeigt sich für die bevölkerungsreiche europäische Nachbarregion Nordafrika mit „Low Human Development“ ein fatales Bild. Geopart ist das oft mit Hunger. Der Global Hunger Index sieht Nordafrika in der Kategorie „ernster Hunger“ und somit in der unteren Hälfte der Ernährungssicherheit. Die weitverbreitete Korruption in dieser Region reduziert die Hoffnung auf Besserung.

Gewalt und fragile Staatsordnungen drängen zudem viele Menschen aus ihren Heimatregionen. Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung zählte 2015 insgesamt 409 Konflikte, wovon 224 gewaltsam ausgetragen wurden. Mit hoher Intensität wurden sie v.a. in Afrika ausgefochten. Der Global Peace Index des Institute for Economics and Peace, der die Friedfertigkeit von Staaten misst, bescheinigt den europäischen Nachbarregionen Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten sowie Russland mit den Ex-Sowjetrepubliken mit „niedrig“ einen schlechten Friedensstatus. Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Fragile State Index. Die zunehmend deutlich spürbaren Folgen des Klimawandels werden zusätzlich die Auswanderung anheizen.

Die ungleiche Verfügbarkeit des lebenswichtigen Rohstoffes Wasser zielt ebenfalls in diese Richtung.

Auf der Pull-Seite stehen Faktoren wie das Wohlstandsniveau und die hohen Standards im Asylwesen in Europa. Viele Länder außerhalb Europas beherbergen zwar weit mehr Asylanten als die Länder der EU, doch kaum ein Land bietet ihnen so viele Leistungen.

Auch die bereits in Europa ansässige Bevölkerung aus den Herkunftsregionen (Diaspora) ist erwiesenermaßen ein Anziehungspunkt, tauscht man sich doch über die hoch entwickelte Informations- und Kommunikationstechnologie in Wort und Bild in Echtzeit aus. Sie bietet auch mannigfaltige Hilfestellungen bei der Reise und Ankunft im Zielland an. In Österreich leben z.B. rund 608.000 Staatsbürger aus den Regionen Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten und Russland mit den Ex-Sowjetrepubliken. Das damit verbundene Migrationspotenzial lässt sich erahnen.

Entfernungen stellen heute zudem wegen der hochentwickelten Verkehrsinfrastruktur keine nennenswerte Hürde mehr dar.

Im Jahr 2015 gab es etwa 244 Millionen internationale Migranten. Dies bedeutete im Vergleich zum Jahr 2000 eine Steigerung um 41% und einen Anstieg des Anteils an der Welt-Gesamtbevölkerung auf 3,3% (2000 2,8%). Global gesehen ist das eher wenig, doch sind die Wanderungen nicht gleichmäßig auf alle Länder verteilt. Der in Europa ankommende Migrantenstrom ist als „Mixed Migration Flow“ zu bezeichnen, d.h. dass die Menschen aus verschiedenen Ursachen nach Europa wollen und damit nach unterschiedlichen rechtlichen Normen zu behandeln sind. Jeder Staat hat hier das Recht, den Aufenthalt von fremden Staatsbürgern zu bestimmen. Eine Ausnahme stellt das „Asyl“ dar, weil dort die Genfer Flüchtlingskonvention Vorgaben festlegt. Erkennbar ist jedenfalls ein Trend, dass vermehrt „Asyl“ beantragt wird, weil ein anderer Aufenthaltstitel nur schwer erhältlich ist.

Beim Asyl ist darauf hinzuweisen, dass rechtlich erst am Ende eines behördlichen Verfahrens feststeht, ob ein Flüchtlingsstatus vorliegt.

Auswirkungen auf Österreich

Migration hat Auswirkungen auf das Herkunftsland, ein gegebenenfalls genutztes

Transitland und auf das Zielland. Diese Auswirkungen verursachen oft Veränderungen, generieren Bedarfe und lassen sich vor allem in den Bereichen Demografie, Finanzen, Wirtschaft und Soziales, Sicherheit, Gesundheit sowie Kultur und Bildung erkennen. Negative Auswirkungen können die Stabilität eines Staates gefährden.

Beispielhaft seien einige Auswirkungen dargestellt.

Demografisch ist Österreich auf Zuwanderung angewiesen, um bevölkerungsmäßig nicht abzunehmen. Dadurch wächst der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Davon lebten 2015 in Österreich rund 1,8 Millionen Menschen, um immerhin 285.000 mehr als 2010. Die aktuelle Zuwanderung aus arabischen Ländern wird neben anderen Faktoren den Anteil der Muslime von derzeit 700.000, rund 7% der Bevölkerung, bis 2050 auf geschätzte 14 bis 18% steigern. Zuwanderung trägt auch dazu bei, dass die „demographische Alterung“ etwas abgeschwächt wird. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung wird bis zum Jahr 2050 auf 46,8 Jahre ansteigen. Ohne Zuwanderung hingegen würde es sich noch deutlich stärker auf 50,7 im Jahr 2050 erhöhen.

Der Zustrom vieler Schutzberechtigter wirkt sich auch auf die Arbeitswelt und die Sozialsysteme aus, wo bereits die Lage angespannt ist. Deren Qualifikation und Sprachkenntnisse sind entscheidend. „Kompetenzchecks“ haben ergeben, dass unter ihnen aber sehr viele (fast 40%) ohne oder mit geringer Schulbildung sind. Dadurch finden sie erst sehr spät in den Arbeitsmarkt und müssen vom Sozialsystem aufgefangen werden.

Auch die Sicherheit ist betroffen. Zwar steigt die Kriminalitätsrate durch Asylwerber bzw. –berechtigte nicht signifikant, doch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung verschlechtert sich durch die mediale Darstellung von Einzelfällen. Die Gefahr des Imports von Konflikten

ist hingegen evident. So könnten Angehörige verfeindeter Gruppen eines Konfliktes im Ausland, die nach Österreich kommen, hier ihre Rivalitäten fortsetzen, Angehörige einer Konfliktpartei im Ausland, die nach Österreich kommen, mit bereits hier ansässigen Angehörigen der verfeindeten Konfliktpartei zusammentreffen und ihren Streit austragen bzw. mit den Konfliktparteien im Ausland verbundene Gruppen, die bereits in Österreich wohnen, den Konflikt hier übernehmen.

Zu guter Letzt verursacht die Migrationswelle beträchtliche Kosten, die nur teilweise bzw. erst sehr spät in positive Effekte umgewandelt werden können.

Maßnahmen

Grundsätzlich erfordern globale Probleme globale Antworten. Daher müssen die EU und deren Mitgliedstaaten in globale Mechanismen der Migrationssteuerung investieren. Alleingänge können zwar kurzfristig notwendig sein, sind aber auf lange Sicht nicht zielführend. Ein gemeinsames Vorgehen aller Mitgliedstaaten ist in der nächsten Zukunft nicht wahrscheinlich. Daher scheint ein multilaterales Vorgehen einer „Koalition der Willigen“ (nicht nur EU-Mitgliedstaaten) erfolversprechender. Diese neuen Dimensionen der Migration sind zudem nicht mit althergebrachten Instrumenten bewältigbar, sondern es müssen neue geschaffen werden. Angesichts des „Mixed Migration Flow“ nach Europa und der zu erwartenden hohen Zahlen (diese werden ein bestimmender Faktor!) ist es erforderlich

- nicht bewältigbare Migration abzuhalten (Abhaltung),
- die Ordnung im Migrationsfluss sicherzustellen und dadurch illegale Migration abzuwehren (Abwehr),
- humanitäre Hilfe im Migrationsfluss sicherzustellen,

- den gesetzlich garantierten Schutz zu gewährleisten und
- die Integration von Berechtigten zu gewährleisten.

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport
Roßauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungs-
akademie Wien
Institut für Friedens-
sicherung und Konflikt-
management
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport / Alle Rechte
vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungs- akademie

Juli 2017

Die Abhaltung umfasst v.a.

- die gemeinsame und koordinierte, zielorientierte und kontrollierte Migrationsursachenbekämpfung in Herkunftsregionen v.a. in Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten (u.a. Geburtenreduktion, wirtschaftliche Unterstützung, Armutsbekämpfung, Wasserbewirtschaftung, Streitbeilegung, Hungerbekämpfung, Verbesserung bei schlechten Staatsführungen); dazu zählen von der UNO bzw. zumindest von der EU koordinierte Partnerschaften mit betroffenen Ländern und internationales Konfliktmanagement,
- die Durchführung von Informationskampagnen in Herkunftsländern und bei der Diaspora über die realistischen Möglichkeiten für Migranten in Zielländern,
- die breite öffentliche Darstellung der Maßnahmen gegen illegale Migration gegenüber potenziellen Migranten („Komm nicht her, es wird zu schwer!“) sowie
- die Reduzierung der Attraktivität bestimmter Leistungen für Migranten durch die Zielländer.

Die Abwehr umfasst u.a.

- die Bekämpfung der Schlepperei,
- die Bekämpfung der Dokumentenfälschung,
- die Stärkung der Grenzkontrollen in Transitländern, der EU-Außengrenze und falls erforderlich der EU-Binnengrenzen (auch Flughäfen) im Sinne eines „Zwiebelschalensystems“,

- die Stärkung des Ordnungssystems in Transitländern,
- die Unterscheidung der Migranten nach den anzuwendenden gesetzlichen Regelungen und
- eine effektive Rückführung (Unterstützung einer freiwilligen Rückkehr, Rückführungsabkommen mit Herkunftsländern mit zwangsweiser Rückführung).

Humanitäre Hilfe und Schutz umfassen u.a.

- die Optimierung des „Resettlements“ für Schutzbedürftige (u.a. Grundsatz: die Behörde geht zu den Migranten in den Herkunftsregionen bzw. daran angrenzenden Regionen, Botschafts asyl),
- die Betreuung der Migranten in Lagern und auf ihrer Marschroute unter Stärkung der betroffenen Länder,
- eine gerechte und solidarische Verteilung Schutzsuchender.

Integration ist schließlich ein zweiseitiger Prozess, der sowohl für die Aufnahmegesellschaft als auch für die Migranten Rechte und Pflichten vorsieht. Ziel ist die Beteiligung der Menschen in der Aufnahmegesellschaft. Durch diese Maßnahmen sollten aber keine weiteren Pull-Faktoren entstehen.

Abschließend ist erneut festzustellen, dass die Bewältigung komplexer Situationen nur durch einen koordinierten Beitrag aller staatlichen wie nicht-staatlichen Stellen effektiv und effizient zum Wohl der Bürger erfolgen kann. Daher sollten in Österreich möglichst rasch das (erweiterte) politische Sicherheitskabinett und ein von allen Institutionen auf permanenter Basis betriebenes „Koordinierungszentrum“ realisiert und arbeitsfähig gemacht werden.



www.facebook.com/lvak.ifk

IFK Monitor
Juli 2017

Hinweis: Der vorliegende Beitrag gibt ausschließlich die Meinung des Autors wieder.